

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Die Bundesregierung verschärft ihre Abschiebepaxis. Dabei macht sie nicht einmal mehr vor Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan halt. Sie erhöht den (finanziellen) Druck auf Herkunfts- und Transitländer die Grenzen zu schließen, Rücknahme-Abkommen wie am 2.10.2016 mit Afghanistan abzuschließen, und schreckt dabei auch nicht vor schmutzigen Deals wie mit der Türkei oder anderen diktatorischen Regimes und Despoten zurück.

Seit Dezember 2016 finden Sammelabschiebungen nach Afghanistan statt. Abgeschoben wurden selbst langjährig Geduldete, die bereits seit vielen Jahren in Deutschland leben und arbeiten, und sogar Kranke und aufgrund der Fluchtgeschichte Traumatisierte. Einer dieser Abgeschobenen wurde wenige Tage später im "sicheren" Kabul bei einem Bombenanschlag vor dem Obersten Gerichtshof verletzt (!). Soweit zu den postfaktischen Argumenten des Bundesinnenministeriums, Afghanistan sei nicht überall unsicher, es gebe auch Gebiete, in die man Flücht-

linge "guten Gewissens" zurückschicken dürfe.

In Afghanistan herrscht Krieg, Terror und Chaos, Korruption und Armut. Hunderttausende Binnenflüchtlinge leben allein in den Slums um die Hauptstadt Kabul herum. Laut dem neuesten Bericht der UNO ist noch immer ganz Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen, angeblich "sichere Regionen", in die Geflüchtete von hier aus zwangsweise "rückgeführt" werden sollen, gibt es dort nicht. Hilfsorganisationen haben aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage ihre Tätigkeit eingestellt.

Etliche Bundesländer haben deshalb erklärt, dass sie sich auf Grundlage dieses jüngsten UNO-Berichts vorerst nicht mehr an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligen werden. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg will sich dagegen weiterhin an der Abschiebung "abgelehnter" Menschen nach Afghanistan und in andere Kriegs- und Krisenländer beteiligen. Innenminister Strobl gilt bundesweit als Scharfmacher bei der Einschränkung der Rech-

Kein Mensch ist illegal - Stop deportation

te von Geflüchteten und tritt für weitere Gesetzesverschärfungen ein. Die Balkanstaaten konnten nur durch die Zustimmung von Ministerpräsident Kretschmann zu angeblich "sicheren" Herkunftsstaaten erklärt werden. Federführend für die Abschiebungen im Süddeutschen Raum ist u. A. das Regierungspräsidium Karlsruhe. Einige der Abgeschobenen waren sogar vorher in Abschiebehaf in Pforzheim.

Die Abschiebepolitik gegenüber Geflüchteten aus Afghanistan ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Wir wollen an diesem Tag genauso gegen die Sammelabschiebungen ab Baden-Airpark Karlsruhe in die angeblich "sicheren Herkunftsländer" im Balkan protestieren. Von diesen Abschiebungen sind insbesondere auch Roma-Familien betroffen. Ein Großteil davon sind Kinder und Jugendliche. Die Roma werden in Elend, Perspektivlosigkeit und Rassismus zurückgeschickt.

Für Menschen, die hier lediglich in einem Duldungsstatus leben, ist die Abschiebepolitik eine riesige psychische Belastung. Sie müssen auch noch nach Jahren,

täglich damit rechnen, dass sie mit ihren Familien ins Ungewisse abgeschoben werden. Festnahmen fanden in der Vergangenheit sogar mitten in der Nacht, am Arbeitsplatz, bei den Behörden oder in der Schule statt.

Ziel ist es nicht nur die Abschiebungen einzelner sondern aller zu stoppen. Wenn es "Normalität" werden sollte, zukünftig Menschen sogar in (Bürger-)Kriegsgebiete wie Afghanistan abzuschieben, kann es auch noch nach Jahren alle treffen, die nur eine Duldung und keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Außerdem wollen wir uns gegen die weiteren geplanten Verschärfungen im Asylrecht und die Ausweitung von Abschiebehaf und Abschiebegefahr zur Wehr setzen.

Wir sagen klar und deutlich: KEINE ABSCHIEBUNGEN-NICHT IN UNSEREM NAMEN! Menschenrechte dürfen nicht dem Wahlkampf in Deutschland geopfert werden!

KEIN MENSCH IST ILLEGAL! Wir fordern Globale Bewegungsfreiheit, Bleiberecht, gleiche Rechte und ein gutes Leben für alle Menschen.

Protestdemonstration am 8.4.2017 in Karlsruhe gegen Abschiebungen am Beispiel Afghanistan.

Beginn: 13 Uhr - Auftaktkundgebung 13.30 Uhr, Kirchplatz / Herrenstraße/Ecke Erbprinzenstraße

Die Demonstration wird bislang unterstützt von:

Erstaufrufer_innen: Offenes Antirassistisches Treffen Karlsruhe, Aktionskreis Internationalismus (AKI Karlsruhe), Aktion Kollektiv Theatral (AKT), AK Flüchtlinge Reutlingen, Die Linke KV Karlsruhe, die linke/sds Karlsruhe, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Forum Azilon - Asyl und Menschenrecht, Konstanz, Freunde für Fremde eV., Interventionistische Linke Karlsruhe (iL), OTKM Karlsruhe, solid Karlsruhe, Stoffwechsel eV.,

Bitte vormerken - Save the date:

Für Samstag, den 13.5.2017 plant das antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg in Pforzheim eine größere landesweite Demonstration gegen das Abschiebegefängnis, die Abschiebepaxis, die Ausweitung des Abschiebegewahrsams und die weitere Aushöhlung des Asylrechts.

Bitte haltet Euch schon mal den Termin frei.
Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg
Infos: stop-deportation.de, Kontakt: info@stop-deprtation.de

Infos über weitere Sammelabschiebungen:

<http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/naechste-afghanistan-abschiebung-am-22-februar.html>

Aktuelle Infos über Abschiebeflüge:

<http://www.aktionbleiberecht.de/>

Das Offene Antirassistische Treffen Karlsruhe trifft sich regelmäßig am 2. Montag im Monat.

Nächstes Treffen: Montag, den 10.4.2017, 19 Uhr, Roter Stern im Gewerbehof (2.OG), Steinstr.23, 76133 Karlsruhe

**KEINE
ABSCHIEBUNGEN
NACH
AFGHANISTAN!**

DEMONSTRATION 8.4.2017
13:00 UHR
KEIN MENSCH
IST ILLEGAL.
KIRCHPLATZ/HERRENSTRASSE
ECKE ERBRINZENZENSTRASSE
KARLSRUHE

V.i.S.d.P. LISA ROT GARTENSTR.48 76133 KARLSRUHE